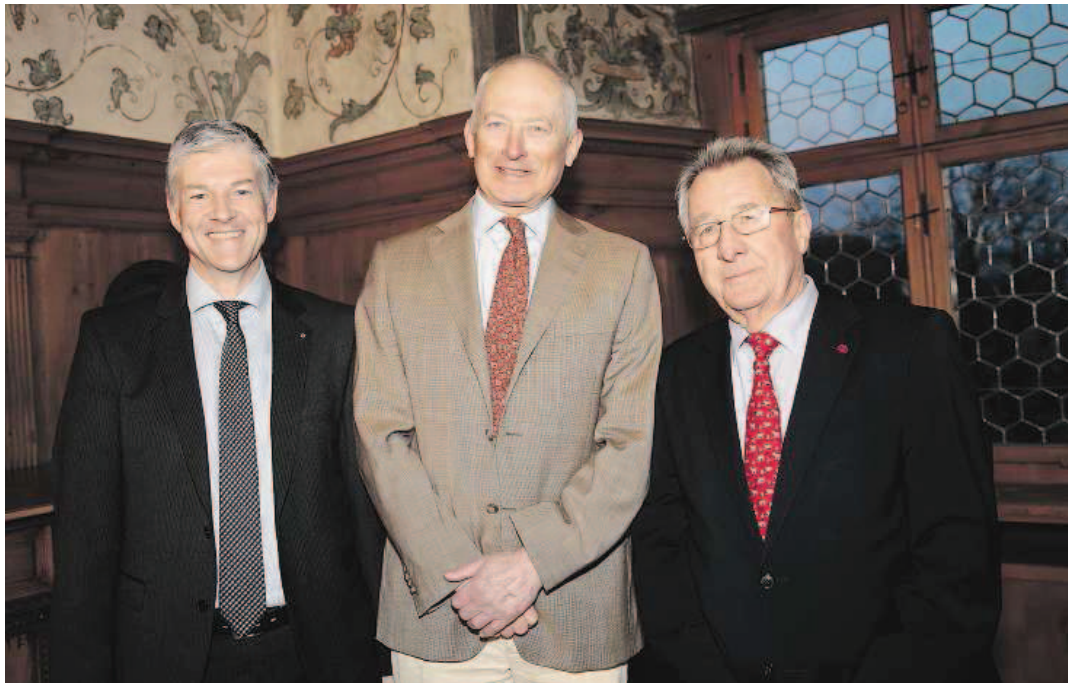


Erfolgreiches Modell weiterentwickelt



Die Protagonisten des Abends: LPC-Präsident Peter Rutz, Fürst Hans-Adam II. und Walter-Bruno Wohlwend, Fürstlicher Rat und LPC-Gründungspräsident (v. l.).



Bei der Begrüssung auf Schloss Vaduz: Gerd Endrich, zentraler Chefredaktor des ORF Vorarlberg, und Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein (v. l.). Bilder Elma Korac

2003 sei Liechtensteins Staatsmodell entscheidend weiterentwickelt worden, sagte Fürst Hans-Adam II. gestern Abend. Er ist davon überzeugt, dass Volk und Fürstenhaus das Modell auch in Zukunft den Anforderungen anpassen werden.

Von Stefan Batliner

Vaduz. – Er sei nicht darüber erstaunt gewesen, sagte Peter Rutz, Präsident des Internationalen Liechtensteiner Presseclubs (LPC), dass sich so viele Mitglieder angemeldet hätten. Denn Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein hatte den LPC gestern Abend zu einem Vortrag über das Thema «Zehn Jahre Verfassungsreform» auf Schloss Vaduz eingeladen. In seinem Vortrag spannte Fürst Hans-Adam II. den verfassungsgeschichtlichen Bogen vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Er betonte, dass es sich bei der Verfassung, die vor rund zehn Jahren durch das Volk in einer Abstimmung angenommen wurde, um eine weitere Reform der Verfassung

aus dem Jahr 1862 handelt. Mit ihrem Alter von mehr als 150 Jahren sei sie eine der weltweit ältesten Verfassungen, die noch in Kraft ist. «Sie wurde allerdings immer wieder inhaltlich und sprachlich den Anforderungen der jeweiligen Zeitperiode angepasst», sagte Fürst Hans-Adam II. So auch 1921, als das Volk und das Fürstenhaus ein Verfassungsmodell erarbeitet hätten, das es bis dahin nicht gegeben habe. Insbesondere der Rückhalt der Monarchie und die Nachbarschaft zur Schweiz mit ihrer direkten Demokratie hätten zum liechtensteinischen Modell der geteilten Souveränität zwischen Monarch und Volk geführt. Da 1921 unter anderem auch die Verwaltung und die Gesetzgebung neu geregelt wurden, sei Liechtenstein als Staat für die Anforderungen des 20. Jahrhunderts gewappnet gewesen.

Als nicht mehr zeitgemäss kritisiert «Gegen Ende des 20. Jahrhunderts erhoben sich allerdings da und dort Stimmen, teilweise vom Ausland unterstützt, welche die liechtensteinische Verfassung als nicht mehr zeitgemäss kritisierten», so Fürst Hans-Adam II.

Diese Kritik, die auch auf das Hausgesetz mit seiner Thronfolgeregelung abgezielt habe, habe das Fürstenhaus nicht unvorbereitet getroffen. Denn 1993 sei das neue Hausgesetz publiziert worden, das erstmals den stimmberechtigten Mitgliedern des Fürstenhauses die Möglichkeit einräumte, einen Fürsten, der nicht mehr den Anforderungen entspricht, abzusetzen.

Mehrheit im Landtag unrealistisch Als dann die Gespräche über eine Verfassungsreform aufgenommen wurden, sei rasch klar gewesen, dass die nötige Dreiviertel-Mehrheit im Landtag unrealistisch war. Deshalb habe das Volk entscheiden müssen – mit dem Resultat, dass sich 64 Prozent der Wahlberechtigten für die vom Fürstenhaus vorgeschlagene Verfassung ausgesprochen haben.

Für den Gegenvorschlag, für den sich 16 Prozent entschieden haben, sei eine «einflussreichen Minderheit» verantwortlich gewesen, welche die Monarchie auf Repräsentationsaufgaben habe beschränken wollen. Fürst Hans-Adam II. führte aus, dass diese Minderheit ein entscheidendes und

richtiges Argument auf ihrer Seite gehabt habe. Nämlich, dass sich eine Monarchie im Zeitalter der Religionsfreiheit nicht mehr religiös legitimieren könne. Dagegen widersprach der Fürst der Meinung der Minderheit, dass sich eine Erbmonarchie nicht demokratisch legitimieren lasse. Dies zeige Artikel 113 der Landesverfassung, der es einer einfachen Mehrheit des Volkes ermöglicht, die Monarchie abzuschaffen. «Damit wurde ein Gleichgewicht zwischen den beiden Souveränen Volk und Fürst beziehungsweise Fürstenhaus in einem wichtigen Punkt geschaffen», betonte er und ergänzte, dass davor nur das Fürstenhaus die Partnerschaft zwischen Fürstenhaus und Volk hätte beenden können. Da Abschaffungen von Monarchien in anderen Staaten im 20. Jahrhundert selten friedlich abgelaufen seien, sei Artikel 113 im Sinn beider Partner.

Austrittsrecht legitimiert den Staat Die übrigen 50 Neuerungen der Verfassung waren laut Fürst Hans-Adam II. – von wenigen Ausnahmen abgesehen – unbestritten. Daher ging er einzig noch auf Artikel 4, das Austrittsrecht

der Gemeinden, ein, weil dadurch ein weitgehend neues Element eingeführt worden sei. Einerseits sei Artikel 4 nach einem allfälligen EU-Beitritt der Schweiz, den danach auch Liechtenstein hätte vollziehen müssen, ein Austrittsrecht «über die Hintertür» gewesen, als die EU ein solches noch nicht kannte. Andererseits gebe Artikel 4 dem Staat die Möglichkeit, sich demokratisch zu legitimieren: Es erlaube, über die Grösse und die Grenzen von Staaten «nicht mehr mit der Waffe, sondern mit dem Stimmzettel in der Hand an der Urne» zu entscheiden.

«Das liechtensteinische Staatsmodell wurde 2003 entscheidend weiterentwickelt und vor Kurzem in einer Volksabstimmung vom liechtensteinischen Volk mit einer überwältigenden Mehrheit bestätigt», so Fürst Hans-Adam II. Er zeigte sich abschliessend davon überzeugt, dass das Fürstenhaus und das Volk auch in Zukunft das erfolgreiche Verfassungsmodell bewahren und den jeweiligen Anforderungen der Zeit sprachlich und inhaltlich anpassen werden.

FOTOS: REFERAT FÜRST HANS-ADAM II. www.vaterland.li/fotogalerie

Die beste Lösung oder eben nur die erstbeste?

Soll das Projekt Haberfeld für 21 Millionen Franken realisiert werden? Die VU-Ortsgruppe Vaduz veranstaltete gestern einen Informationsabend, um ihre Sichtweise zum Projekt darzulegen.

Von Ramona Banzer

Vaduz. – Am gestrigen Informationsabend über das Projekt Haberfeld Vaduz wurde nochmals intensiv über dessen Vor- und Nachteile diskutiert. Josef Feurle, der im November das Referendum gegen den Schulneubau im Haberfeld ergriffen hatte, nannte seine Gründe, wieso er das Gebäude, welches für die Tagesschule gebaut werden sollte, als unnötig ansieht. Er zeigte auch einige Alternativen auf, die er sich vorstellen könnte. «Meiner Meinung nach wäre es möglich, zumindest kurzfristig den Spielplatz vis-a-vis vom jetzigen Schulgebäude den Kindern zur Verfügung zu stellen. Jetzt steht das Casino ja noch nicht und so lange es noch nicht gebaut wird, könnte man so das Problem der Knappheit vom Pausenplatz wenigstens für den Moment lösen», sagte er.

«Nicht einfach Projekt durchboxen» VU-Gemeinderat Frank Konrad betonte, dass der VU-Gemeinderat Vaduz von Anfang an, also seit Oktober, hinter dem Bau für die Tagesstrukturen steht. Dies bekräftigte Patrik Vogt, indem er ein Anliegen ansprach, das in



Sprechen sich gegen den Neubau des 21 Millionen-Projekts aus: Josef Feurle, Initiator des Referendums, VU-Gemeinderat Frank Konrad und Martin Gassner, Vorsitzender der VU-Ortsgruppe Vaduz (v. l.).

Leserbriefen aufgegriffen wurde: der weite Weg. «Ich glaube nicht, dass das unbedingt etwas Schlechtes ist – im Gegenteil. Ich höre immer wieder von Pädagogen, dass es den Kindern eben guttut, zu Fuss zu gehen.» Aber er sowie Josef Feurle und VU-Gemeinderat Patrik Vogt sehen es als unverantwortlich an, das Tagesschulen-Gebäude zu bauen, ohne das Ergebnis der Studie, welche untersucht, ob dies nötig ist, abzuwarten. Josef Feurle sieht auch darin Potenzial, Gespräche mit anderen Gemeinden zu suchen. «Man

muss doch nicht einfach dieses Projekt jetzt durchboxen, damit es durchgeboxt ist. Ich finde nicht, dass das so die Lösung ist. Es ist zwar eine Lösung, aber nicht die beste», sagte er.

FBP-Gemeinderätin Susanne Eberle, eine Befürworterin der Lösung des grossen Projekts, hielt dagegen: «Ich glaube nicht, dass ein Gebäude allein die Kapazität aufweist. Es wäre schade, wenn man nach einer gewissen Zeit erkennen müsste, dass es nicht ausreicht.» Die Gemeinderäte argumentierten angeregt. Einig waren sie



Die Pläne der Tagesschule, die im Haberfeld gebaut werden soll: Die Räume, welche von dem VU-Gemeinderat und Josef Feurle als unnötig angesehen werden, sind gelb markiert. Bilder sdb

sich aber darin, dass der Stimmbürger zu entscheiden hat. «Wir werden das Abstimmungsergebnis, auch wenn unser Vorschlag abgelehnt wird, zu 100 Prozent akzeptieren», sagte Patrik Vogt deutlich. Welchen Weg die Stimmbürger in puncto Investition nun tatsächlich bevorzugen werden, wird sich zeigen, wenn am 24. März in Vaduz darüber abgestimmt wird.

VU-Ortsgruppe bringt Magazin heraus VU-Gemeinderat Frank Konrad informierte auch darüber, dass die VU-

Ortsgruppe Vaduz nun das Magazin «Wir in Vaduz» herausbringen wird. «Dieses Magazin wird aktuell das Projekt Haberfeld als Schwerpunkt aufgreifen. Ebenfalls wird darin ein Interview mit Josef Feurle zu lesen sein», erklärte er. Das Magazin werde aber nicht nur über politische Themen berichten, so seien darin z. B. auch Interviews mit Vaduzern zu lesen, die ausgewandert sind oder Leuten, die nach Vaduz gezogen sind. Ausserdem gebe es auch die Rubrik «wussten Sie?» und Wettbewerbe.